ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutsche Konjunkturperspektiven 2008/2009: US-Immobilienkrise dämpft Konjunktur

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2008) : Deutsche Konjunkturperspektiven 2008/2009: US-Immobilienkrise dämpft Konjunktur, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 15, Iss. 3, pp. 36-41

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169849

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutsche Konjunkturperspektiven 2008/2009: US-Immobilienkrise dämpft Konjunktur[1]

*Wolfgang Nierhaus**

Weltwirtschaftliches Umfeld

Im Frühjahr 2008 wird die Weltkonjunktur von der Krise des Immobilien- und des Finanzsektors in den USA und den von ihr ausgelösten weltweiten Finanzmarktturbulenzen überschattet. Die USA stehen am Rande einer Rezession, in Westeuropa hat sich die Konjunktur etwas abgekühlt und in Japan nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur noch schwach zu. Gleichwohl ist das weltwirtschaftliche Expansionstempo immer noch beträchtlich, vor allem weil die Produktion in den Schwellenländern bis zuletzt kräftig stieg.

Für den Prognosezeitraum ist ein weiteres Nachlassen der weltwirtschaftlichen Expansion zu erwarten. Die Krise auf den US-Finanzmärkten und die weltweiten Finanzmarktturbulenzen belasten die Konjunktur. Sie führen zu Vermögensverlusten der privaten Haushalte, was den Konsum dämpfte, besonders deutlich in den USA. Vor allem aber verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte. Beeinträchtigt wird die weltwirtschaftliche Entwicklung zudem dadurch, dass sich der Preisauftrieb in den vergangenen Monaten erheblich beschleunigt hat. Neben dem anhaltenden Anstieg der Rohölpreise haben sich vor allem Nahrungsmittel massiv verteuert. Weltweit führt dies zu einem Entzug von Kaufkraft der privaten Haushalte zugunsten der Produzenten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

In dieser Situation sieht sich besonders die Geldpolitik großen Herausforderungen gegenüber. Sie muss im Spannungsfeld zwischen Liquiditätsproblemen, konjunktureller Abschwächung und Inflationsgefahren die Balance wahren. Vordringlich ist gegenwärtig, eine ausreichende Liquiditätsversorgung sicherzustellen; zu diesem Zweck haben die Zentralbanken in den vergangenen Monaten ihr Instrumentarium angepasst. Darüber hinaus haben die Notenbanken unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Die US-Notenbank hat angesichts der Rezessionsgefahr ihre Leitzinsen im Winterhalbjahr drastisch gesenkt, während die europäischen Zentralbanken – auch entsprechend den dort bislang weniger trüben konjunkturellen Aussichten – den Inflationsrisiken eine höhere Bedeutung beimessen und ihre Zinsen wenn überhaupt nur wenig gesenkt haben.

Im Prognosezeitraum wird die Weltkonjunktur angesichts der beträchtlichen Belastungen zwar zunächst noch an Fahrt verlieren. Der Verlust an Dynamik wird aber nach Einschätzung der Institute begrenzt bleiben. Dafür sprechen die im Allgemeinen sehr günstige Verfassung der Unternehmen im nichtfinanziellen Sektor, die kräftigen Impulse vonseiten der amerikanischen Wirtschaftspolitik, wo zu der sehr expansiven Geldpolitik eine stimulierende Finanzpolitik hinzu kommt, und die hohe Wachstumsdynamik in den Schwellenländern. Allerdings dämpfen die Probleme in den USA die Aktivität in den übrigen Weltregionen: Über die Weltfinanzmärkte breiten sich Vermögensverluste und die Verschlechterung von Finanzierungsbedingungen aus. Auch werden die schwächer expandierenden Importe der USA die Produktion insbesondere in den mit den USA eng verflochtenen Ländern bremsen. In Westeuropa kommt das Ende des Immobilienbooms in einigen Ländern hinzu. Im Euroraum wirkt darüber hinaus die Aufwertung der Gemeinschaftswährung belastend. Anzeichen für eine Rezession sind hier zwar nicht zu erkennen. Doch wird die Wirtschaft im Euroraum in den Jahren 2008 und 2009 mit einer Rate expandieren, die unterhalb derjenigen des längerfristigen Trends liegt.

Die Schwellenländer werden vor allem über den Außenhandel von der schwächeren Konjunktur in den Industrieländern betroffen. Ihre Finanzmärkte haben sich hingegen bisher als recht robust erwiesen, auch wenn die Aktienkurse in einigen Ländern in den vergangenen Monaten gesunken sind. Der Finanzmarktstabilität in den Schwellenländern kommt zugute, dass sie insgesamt netto Kapital exportieren und inzwischen über hohe Währungsreserven verfügen. Alles in allem wird der Produktionsanstieg in den Schwellenländern 2008 und 2009 zwar gedämpft, er wird aber beachtlich bleiben.

Das Bruttoinlandsprodukt der Welt dürfte in diesem Jahr mit 2,7 % merklich langsamer als in den vergangenen Jahren zulegen. Im Jahr 2009 dürften die expansiven Kräfte allmählich wieder die Oberhand gewinnen; im Jahresdurchschnitt nimmt die Weltproduktion allerdings voraussichtlich noch nicht deutlich rascher zu. Der Welthandel steigt sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr wohl in nur mäßigem Tempo. Der Prognose liegt ein Erdölpreis von 98 US-$ pro Barrel (Brent) für dieses und

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

von 100 US-$ für nächstes Jahr zugrunde sowie die Erwartung, dass sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise abschwächt. Bei diesen Annahmen werden sich die Inflationsraten im Verlauf des Prognosezeitraums zurückbilden.

Das größte Abwärtsrisiko für die Weltkonjunktur bildet die Krise im Immobilien- und Finanzsektor in den USA. Es ist kaum abzusehen, wie weit die Immobilienpreise und Aktienkurse noch fallen und wann sie ihren Tiefpunkt erreichen werden. Auch sind weitere Liquiditätskrisen großer Finanzinstitute denkbar, mit erheblichen negativen Folgen für die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte. Die amerikanische Wirtschaftspolitik zeigt sich zwar entschlossen, erhebliche Mittel zur Eindämmung der Krise bereitzustellen, es besteht allerdings die Gefahr, dass ihre Maßnahmen nicht so gut wie in früheren Abschwüngen greifen. In diesem Fall wären ein Abgleiten der US-Wirtschaft in eine ausgeprägte Rezession und eine deutlich schwächere Entwicklung in der übrigen Welt zu erwarten.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland ist die wirtschaftliche Lage bis zum Frühjahr 2008 trotz einer Reihe widriger Einflüsse günstig geblieben und die Konjunktur dürfte mit viel Schwung in das Jahr gestartet sein. Anders als in vielen anderen Industrieländern halten sich die Stimmungsindikatoren auf hohem Niveau, die Kennziffern für Nachfrage und Produktion sind in der Tendenz weiter aufwärts gerichtet. Dies ist bemerkenswert vor dem Hintergrund der zahlreichen negativen Schocks, die in jüngster Zeit auftraten. Neben der im vergangenen Jahr restriktiven Finanzpolitik waren es vor allem die kräftige Aufwertung des Euro, die massive Verteuerung von Erdöl und Nahrungsmitteln sowie die Folgen der US-Immobilienkrise.

Offenbar ist die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren robuster geworden. Die Gefahr einer Rezession ist deshalb heute geringer. So hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials in den vergangenen Jahren beschleunigt. Darüber hinaus hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Ferner gibt es in Deutschland keine Übersteigerungen auf dem Immobilienmarkt, sodass eine Korrektur, die in anderen Ländern die wirtschaftliche Aktivität dämpft, nicht ansteht. Und schließlich erweist sich das deutsche Bankensystem vor dem Hintergrund der internationalen Krise im Finanzsektor als relativ robust. Alles in allem ist als Folge der kräftigen Schocks zwar eine spürbare Verlangsamung der konjunkturellen Expansion zu erwarten; ein Abgleiten in eine Rezession halten die Institute jedoch für wenig wahrscheinlich.

Für eine nach wie vor positive Grundtendenz der Konjunktur spricht die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bis zum März dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen spürbar gesunken, die Arbeitslosenquote belief sich saisonbereinigt auf 7,8 %; das sind 1,5 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen ist weiter kräftig gestiegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sogar besonders deutlich zugenommen. Das positive Bild der wirtschaftlichen Lage wird jedoch getrübt durch die hohe Inflationsrate. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag in den ersten Monaten dieses Jahres bei rund 3 %.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden sich allerdings die negativen außenwirtschaftlichen Einflüsse zunehmend bemerkbar machen. Insbesondere wird sich die Dynamik der Ausfuhr deutlich verringern. Hingegen wird die Inlandsnachfrage etwas rascher expandieren als im vergangenen Jahr. Die privaten Konsumausgaben werden nach der lang anhaltenden Flaute spürbar ausgeweitet. Die Unternehmensinvestitionen hingegen dürften nicht mehr so rasch expandieren wie in den beiden Vorjahren, zumal sich die Absatzaussichten im Ausland eintrüben und die Kostenbelastung etwas steigt.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2008 voraussichtlich um 1,8 % zunehmen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte günstig bleiben, doch wird sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf spürbar verlangsamen. Im Jahr 2008 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um rund 560.000 auf etwa 3,2 Mill. abnehmen. Die Inflationsrate wird sich allmählich zurückbilden, da der Auftrieb bei den Nahrungsmittelpreisen nachlässt. Die Verbraucherpreise werden im Jahr 2008 um 2,6 % über dem Niveau im Vorjahr liegen (vgl. Tab. 1).

Im kommenden Jahr dürfte sich die konjunkturelle Expansion etwas verstärken. Dabei ist unterstellt, dass die Nervosität an den Finanzmärkten allmählich schwindet und sich deshalb die Zinsen auf dem Geldmarkt zurückbilden werden. Zudem wird die Weltwirtschaft etwas rascher expandieren, sodass auch die deutschen Exporte mehr Schwung entfalten werden. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts wird im Jahr 2009 1,4 % betragen. Im Zuge der Erholung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur geringfügig bessern, doch wird die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit dem Jahr 1991 im Jahresdurchschnitt unter die Marke von 3 Mill. sinken.

Die Konjunkturprognose ist mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. So lassen sich die Auswirkungen der Krise im Finanzsektor nur schwer abschätzen, weil das Ausmaß der nötigen Abschreibungen immer noch nicht bekannt ist und weil es unsicher ist, wie stark die Immobilienpreise in den USA noch fallen werden. Simulationen mit Modellen, welche die Institute verwenden, ergeben, dass eine Rezession in Deutschland wahrscheinlich wäre,

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,8	2,9	2,5	1,8	1,4
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)						
Westdeutschland[a]	1,0	0,9	3,0	2,5	1,8	1,4
Ostdeutschland[b]	1,3	0,2	2,2	2,2	1,5	1,2
Erwerbstätige[c] (in 1.000 Personen)	38.880	38.346	39.088	39.737	40.210	40.341
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.381	4.861	4.487	3.776	3.212	2.975
Arbeitslosenquote[d] (in %)	10,1	11,1	10,3	8,7	7,4	6,9
Verbraucherpreise[e]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,5	1,6	2,3	2,6	1,8
Lohnstückkosten[f]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	–0,3	–1,0	–1,1	0,2	1,4	1,7
Finanzierungssaldo des Staates[g]						
in Mrd. €	–83,6	–75,6	–37,3	0,2	–6,8	1,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	–3,8	–3,4	–1,6	0,0	–0,3	0,1
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	102,9	116,6	141,5	184,2	193,0	196,0

a) Einschließlich Berlin. – b) Ohne Berlin. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2000=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Deutsche Bundesbank; 2008 und 2009: Prognose der Institute.

wenn sich die Kapitalnutzungskosten in den USA und auch in Deutschland deutlich erhöhten.

Exkurs: Ostdeutschland

In Ostdeutschland ist im vergangenen Jahr nach vorläufigen amtlichen Angaben das Bruttoinlandsprodukt um 2,2 % und damit langsamer als in Westdeutschland gestiegen. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der Wertschöpfung im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, in dem sich der Abbau des überhöhten Personalbestandes im öffentlichen Bereich widerspiegelt. Demgegenüber wurde die Produktion im Unternehmenssektor sogar stärker ausgeweitet als in den alten Bundesländern. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe nahm die Wertschöpfung mit 11,2 % deutlich kräftiger zu.

In der hohen Expansionsrate in der Industrie kommt auch die verbesserte preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen zum Ausdruck. So verringerten sich die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2007 auf 87 % des westdeutschen Vergleichswertes. Von der dynamischen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe profitierten die unternehmensnahen Dienstleister und erhöhten ihre Wertschöpfung um 2,9 %. Auch das Baugewerbe übertraf sein Leistungsniveau vom Vorjahr; allerdings gingen die Bauaktivitäten seit dem Sommerhalbjahr zurück. Zuwächse wurden bei Leistungen für öffentliche und gewerbliche Bauherren erzielt, während der Wohnungsbau rückläufig war. Zur positiven Entwicklung trugen auch die Bauaktivitäten ostdeutscher Unternehmen auf dem westdeutschen Markt bei.

In diesem und im kommenden Jahr dürfte die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern erneut deutlich stärker expandieren als in Westdeutschland. Besonders kräftig wird – wie in den Jahren zuvor – der Auslandsumsatz zunehmen. Dafür spricht die überdurchschnittliche Ausrichtung der Exporteure auf dynamisch wachsende Regionen in Mittelosteuropa, womit sie auch der Konjunkturschwäche in den USA und der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar weniger ausgesetzt sind. Die Bauaktivitäten werden dagegen wegen der weiterhin rückläufigen Nachfrage im Woh-

nungsbau leicht schrumpfen. Im öffentlichen Sektor wird der Personalabbau fortgesetzt. Die konsumnahen Dienstleister werden wegen der nur schwachen Zunahme der Realeinkommen geringfügig zum gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs beitragen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in diesem Jahr um 1,5 % und im kommenden um 1,2 % zunehmen.

Infolge der anhaltenden Ausdehnung der Produktionsaktivitäten hat sich im Jahr 2007 auch die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 1,6 % über dem Vorjahreswert und stieg damit etwas langsamer als im Westen. Das geleistete Arbeitsvolumen, das seit Mitte der neunziger Jahre zurückgegangen war, expandierte mit etwa der gleichen Rate. Positiv ist zu bewerten, dass in deutlich geringerem Maße als bisher Vollzeitarbeitsplätze durch „atypische“ Beschäftigung wie bspw. ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt worden sind. Auch entfiel der Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 2,4 % ausschließlich auf nicht subventionierte Arbeitsplätze. Der Arbeitsplatzaufbau war besonders ausgeprägt im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich und im verarbeitenden Gewerbe. Aber auch im Baugewerbe und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung nahm die Beschäftigung zu. Begünstigt wurden diese Entwicklungen durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sowie die Senkung der Lohnnebenkosten. Die öffentlichen und konsumnahen Dienstleister bauten dagegen Personal ab.

Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigung zunehmen. Die Unternehmen werden jedoch wegen des verlangsamten Produktionsanstiegs weniger zusätzliches Personal einstellen als im Vorjahr. Eine Ausdehnung von staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnissen ist trotz der schwächeren Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion kaum zu erwarten. Die Zahl der Ein-Euro-Jobs, die etwa zwei Fünftel der geförderten Arbeitsplätze ausmachen, dürfte leicht steigen, während die geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weiter abnehmen werden. Alles in allem wird die Beschäftigung im Jahr 2008 bei 5,8 Mill. Personen liegen und den Vorjahresstand um 1 % übersteigen. Im kommenden Jahr wird sie nur geringfügig zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahr 2007 um 157.000 Personen ab. Dies ist vor allem auf die gestiegene Beschäftigung zurückzuführen. Wie in den Vorjahren trugen aber auch Abwanderungen und der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitsangebots zu dem Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Auch in diesem und im nächsten Jahr setzt sich diese Tendenz fort. Im Jahr 2008 wird die Arbeitslosigkeit die Marke von einer Million unterschreiten. Die auf die Erwerbspersonen im Inland bezogene Arbeitslosenquote bleibt mit 12,9 % in diesem bzw. 12,6 % im nächsten Jahr aber doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Alles in allem werden im Prognosezeitraum Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland langsamer ausgeweitet als im Westen. Der Produktivitätsabstand wird sich nicht verringern. Die Produktion je Erwerbstätigen wird wie in den Vorjahren bei rund 77 % des westdeutschen Vergleichswertes verharren (vgl. Tab. 2).

Zur Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik wird derzeit diskutiert, ob ein Konjunkturprogramm ähnlich wie in den USA aufgelegt werden sollte, um der konjunkturellen Schwäche entgegenzuwirken. Zwar ist es denkbar, dass eine antizyklische Finanzpolitik erfolgreich ist, doch sind die Bedingungen hierfür in der Praxis kaum erfüllt. So gibt es erhebliche Probleme, Maßnahmen so zeitgerecht zu beschließen und umzusetzen, dass sie tatsächlich in der Schwächephase und nicht erst in der Erholungsphase greifen. Daher sollte die Bundesregierung auf ein Konjunkturprogramm verzichten.

Die Finanzpolitik sollte im Interesse von mehr Wachstum und Beschäftigung eine Strategie der „qualitativen Konsolidierung“ verfolgen. In jüngster Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen, dass der Kurs, die Staatsausgaben nur moderat auszuweiten, nicht fortgesetzt wird. Damit wird die Chance vergeben, das Wirtschaftswachstum zu fördern, bspw. durch Aufstockung von investiven Ausgaben. Wenn zudem in der Politik kein Spielraum für allgemeine Steuersenkungen gesehen wird, sollten nach Auffassung der Institute zumindest „heimliche“ Steuererhöhungen vermieden werden.

Derzeit wird die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen diskutiert bzw. die Ausdehnung branchenspezifischer Lösungen auf weitere Sektoren. Auf Deutschland bezogen besteht ein weitgehender Konsens unter den Ökonomen, dass die Beschäftigungswirkungen negativ sind. Zur Begründung für die „Notwendigkeit“ von Mindestlöhnen wird häufig argumentiert, man könne von einem niedrigen Stundenlohn nicht leben. Dieses Argument greift allerdings zu kurz, da es das System der sozialen Sicherung ausblendet, insbesondere das Arbeitslosengeld II. Es verhindert, dass das Einkommen unter das soziale Existenzminimum sinkt. Auch ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der zunächst so niedrig ist, dass er „nicht schadet“, kann letztlich die Beschäftigung erheblich beeinträchtigen. Zwar wird gegenwärtig ein Stundenlohn von „nur“ 4,50 € diskutiert. Aber damit würde man der Politik ein Instrument an die

Tabelle 2: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland (Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin), in jeweiligen Preisen)

	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Westdeutschland=100										
Bruttoinlandsprodukt										
nominal je Einwohner[a]	33,6	60,6	63,1	63,8	65,6	66,6	67,5	67,2	67,3	67,9
Bauinvestitionen										
nominal je Einwohner[a]	73,8	186,0	124,6	106,6	102,8	105,0	102,8	99,3	–	–
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen										
nominal je Einwohner[a]	58,3	105,0	85,2	72,0	64,0	62,5	67,9	64,8	–	–
Arbeitnehmerentgelt										
je Arbeitnehmer[a]	49,8	74,8	76,8	76,9	77,0	77,2	77,3	77,7	77,3	77,4
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer[a]			70,1	70,6	71,4	71,8	72,3	72,6	72,6	72,7
Arbeitsproduktivität										
je Erwerbstätigen[a, b]	35,2	66,4	72,2	74,0	76,1	76,7	77,4	77,3	76,9	77,1
je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen[a, b]			67,1	69,2	71,6	72,4	73,1	73,0	72,8	73,1
Lohnstückkosten[a, c]										
Basis Personen	141,4	112,7	106,4	103,9	101,2	100,6	100,0	100,5	100,6	100,3
Basis Stunden			104,4	102,1	99,6	99,2	98,8	99,5	99,7	99,4
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Bevölkerung[a]										
Ostdeutschland	–	–0,4	–0,6	–0,8	–0,9	–0,8	–0,7	–0,7	–0,7	–0,8
Westdeutschland	–	0,4	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige (Inland)[a]										
Ostdeutschland	–	2,1	–0,9	–1,6	–1,6	–1,2	0,1	–0,9	0,5	1,6
Westdeutschland	–	–0,1	2,4	0,8	–0,4	–0,9	0,4	0,0	0,6	1,7
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland)[a]										
Ostdeutschland	–	–	–2,4	–3,0	–3,1	–1,8	0,1	–1,3	0,2	1,5
Westdeutschland	–	–	1,2	–0,1	–1,1	–1,3	0,7	–0,4	0,5	1,7

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin. – b) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – c) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2008), Arbeitskreis VGR der Länder (Rechenstand: März 2008), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2008), Berechnungen der Institute.

Hand geben, das zunehmend in Wahlkämpfen eine Rolle spielen dürfte; daher ist zu befürchten, dass der Mindestlohn nicht niedrig bleibt.

Mit einer Abkehr von Reformen auf dem Arbeitsmarkt und mit der Einführung von Mindestlöhnen würde insbesondere die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre konterkariert. Tatsächlich wird sich der Anstieg der Tariflöhne in diesem und wohl auch im kommenden Jahr verstärken. Zwar geht die Zunahme noch nicht über das Maß hinaus, das durch den Verteilungsspielraum gegeben ist, doch gehen von den Löhnen im kommenden Jahr kaum noch Impulse auf die Beschäftigung aus. Auch wegen dieses Risikos sollte die Bundesregierung die Arbeitsmarktreformen fortsetzen und die Lohnfindung nicht durch Eingriffe in die Tarifautonomie beeinträchtigen. Dies wäre der beste Beitrag für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum.

Die Europäische Zentralbank stand in den vergangenen Monaten vor besonders großen Herausforderungen. Sie hat bei ihren Maßnahmen klar getrennt zwischen der Bereitstellung von Liquidität einerseits, um die Stabilität des Finanzmarktes zu gewährleisten, und den Erfordernissen andererseits, die sich für die Geldpolitik aus stabilitätspolitischer Sicht im eigentlichen Sinne ergeben. In jüngster Zeit hat sich die Inflation im Euroraum überraschend stark beschleunigt. Nach wie vor ist das Risiko groß, dass sich die Inflationserwartungen verfestigen und sich bspw. in höheren Lohnforderungen niederschlagen. Vor dem Hintergrund ihrer Prognose für die Konjunktur und für die Inflation halten es die Institute für angemessen, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins bei 4 % belässt.

[1] *Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 08/2008, S. 3–71.*